



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fenner, Heinz: Kommunismus und Syndikalismus in Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kommunismus und Syndikalismus in Deutschland

Von Heinz Fenner



ichts wäre verfehlter, als wenn man sich die kommunistische Bewegung, wie sie in dem von Karl Liebknecht gegründeten Spartakusbund — später Kommunistische Partei Deutschlands (K. P. D.) mit dem Untertitel „Spartakusbund“ — in Erscheinung trat, als etwas Einheitliches, Geschlossenes, in sich Gefährtes und Gefestigtes vorstellte. Schon eine oberflächliche Lektüre kommunistischer Blätter, deren es — übrigens der beste Beweis für die Unaufrichtigkeit des Geschreies der Kommunisten von der Erdrosselung ihrer Presse — eine ganze Menge in Deutschland gibt, läßt erkennen, daß in der kommunistischen Partei alles in Gärung begriffen ist, daß hier die schärfsten Gegensätze herrschen und ein Ringen der verschiedensten Anschauungen vor sich geht. Diese Zersplitterung des Kommunismus in Deutschland wird auch von den russischen Bolschewisten, den wahren Laufpaten der K. P. D., zugegeben und in offiziellen Schreiben als etwas ganz natürliches bezeichnet, das angeblich weder ihnen, den russischen Bolschewisten, Sorge mache, noch ihren deutschen Genossen, den Spartakisten, Sorge machen dürfe.

Mitte Dezember 1919 veröffentlichte die kommunistische Presse Deutschlands ein Schreiben Lenins an die K. P. D., das die Zersplitterung des deutschen Kommunismus als eine „Krankheit des Wachstums“ bezeichnete, die nichts Gefährliches darstelle und bald überwunden werden werde. Die Meinungsverschiedenheiten im deutschen Kommunismus, die sich namentlich um die Frage der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten drehen — das heißt Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments, der Gewerkschaften und Betriebsräten — hätte auch in Rußland bestanden. Lenin rät dann den deutschen Spartakisten, sich an dem bürgerlichen Parlament, den Gewerkschaften und den Betriebsräten zu beteiligen. Diese Anschauung Lenins steht in vollem Einklang mit einem Ende des Jahres 1919 verbreiteten Rundschreiben der dritten Kommunistischen Internationale in Moskau, in dem die Teilnahme am Parlament zum Zwecke seiner „Vernichtung“ als durchaus erwünscht, ja notwendig bezeichnet wird.

Am nächsten kommt diesem Standpunkt Lenins und der dritten Internationale die Stellung der Reichszentrale der K. P. D., die gleichfalls aus taktischen Gründen eine Teilnahme an den Parlamentswahlen und an lokalen Vertretungen nicht nur gestattet, sondern sogar als wünschenswert bezeichnet. Die K. P. D. könne, so heißt es in ihrem im Oktober angenommenen Heibelberger Aktionsprogramm, auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung der bevorstehenden großen Kämpfe diene. Als solches Mittel komme auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, zu Gemeindevertretungen oder zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw. Als Dank für ihre Folgsamkeit gegenüber den von Moskau aus gegebenen Direktiven der ideellen Gründer der Partei erhielt denn auch die Reichszentrale und deren offizielles Organ, die Berliner „rote Fahne“, in dem erwähnten Schreiben Lenins eine besondere Anerkennung, die in die Form der Feststellung des „heldenmütigen Kampfes“ dieses Blattes „gegen die Henker Noske-Scheidemann“ gekleidet war.

Stellen wir diesem Standpunkt Lenins, der dritten Internationale und der Reichszentrale der K. P. D. das gegenüber, was die kommunistische Opposition vertritt, so ergibt sich das interessante Bild, daß der Standpunkt der Opposition hinsichtlich der Beteiligung am Parlament im allgemeinen genau entgegengesetzt ist. So erklärten die Ortsgruppen Kofstod, Duisburg und andere Ortsgruppen der K. P. D. einstimmig, daß sie jede Beteiligung an Parlamenten, gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw. verwerfen. Dafür erklärt aber eine Ende November abgehaltene Vertrauensmänneritzung der Hamburger Kommunisten, die sonst in schärfster Opposition zur Reichszentrale stehen, daß sie „keine grundsätzlichen Antiparlamentarier“ seien. Hieraus ist zu ersehen, wie verwickelt und schwer zu übersehen die inneren Konflikte in der K. P. D. sind. Denn die seit der Heidelberger Oktobertagung ausgeschlossene Opposition (von 31 Delegierten stimmten 18 gegen die Leitsätze der Reichszentrale) ist wiederum in sich gespalten.

Neben der Frage der Stellungnahme zum Parlament ist die Frage des sogenannten „Nationalbolschewismus“ und das Verhalten zu den Syndikalisten die brennendste Frage der Partei. Der Vorwurf der Verbreitung syndikalistischer Anschauungen wurde von der Reichszentrale in erster Linie gegen die Hamburger und Bremer Organisationen erhoben, in denen die Genossen Laufenberg und Wolffheim bis vor kurzem eine hervorragende, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle spielten. Beide sind aber nun in den Hintergrund gedrängt und haben in den eigenen Organisationen stark an Anhängern verloren. Sowohl die Reichszentrale, als auch die Gegner Laufenberg's in Hamburg haben den Umstand, daß der zu einem Jahre Festungshaft verurteilte Laufenberg zeitweilig aus dem politischen Leben ausscheiden mußte, zu einer starken Agitation gegen ihn benützt, die naturgemäß um so mehr Erfolg hatte, als Laufenberg nicht in der Lage war, von der Festung aus seinen Gegnern zu antworten. Was insbesondere den gegen Laufenberg und Wolffheim und die ihnen nahestehenden Organisationen erhobenen Vorwurf der Verbreitung syndikalistischer Ideen anbelangt, so sei bemerkt, daß der Bremer „Kommunist“, der sowohl in Opposition zur Zentrale steht, als auch von Wolffheim und Laufenberg abgerückt ist, nicht so unrecht hatte, wenn er noch jüngst den Kampf der Reichszentrale auf der Heidelberger Konferenz gegen die „syndikalistische Gefahr“ mit Don Quixotes Ritt gegen die Windmühlensflügel verglich. Denn Laufenberg und Wolffheim haben wiederholt aufs schärfste betont, daß sie nicht Syndikalisten seien und Gelegenheit genommen, dies auch in der Praxis zu beweisen. Damit soll jedoch nicht geleugnet werden, daß eine syndikalistische Gefahr von anderen Kreisen der K. P. D. tatsächlich droht. Die Agitation der Syndikalisten ist äußerst rege, und fraglos ist der Übergang kommunistischer Elemente zu den Syndikalisten ganz wesentlich stärker, als in entgegengesetzter Richtung. So erklärte die Mannheimer „Rote Fahne“, ein Blatt der Zentrale, kürzlich: „Unser Parteikörper ist krank, er droht zugrunde zu gehen. Die K. P. D. ist befallen vom zersetzenden Gift des Syndikalismus.“ Man sieht hieraus, daß die Kommunisten die Lage ihrer Partei keineswegs so rosig ansehen, wie Lenin.

Eine äußerst interessante Erscheinung ist der „Nationalbolschewismus“. Laufenberg und Wolffheim veröffentlichten bald nach der Heidelberger Tagung ihre „Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat“, in der der revolutionäre Volkskrieg gegen die Entente gefordert wurde. Der Friede von

Verfaßtes, so hieß es unter anderm in der Adresse, die selbst in den Ententeländern Aufsehen erregte — „von Deutschlands hündischsten Kreaturen anerkannt“ — müsse zerrissen werden. Dies sei nur möglich durch Errichtung der Diktatur des Proletariats, Aufbau einer Roten Armee und Krieg gegen den Imperialismus der Entente. Unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkenne, wäre „die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert, wie in umgekehrten Verhältnissen weiland Wilhelm II.“ Diese Adresse hat sofort nach ihrem Erscheinen die schärfste Ablehnung von seiten der Reichszentrale und den ihr nahestehenden Organisationen gefunden und ist auch in allerjüngster Zeit von den Kommunisten Hamburgs und Bremens verworfen worden. Die Kommunisten Sturm und Struthan, beide in Rußland in den „wahren Bolschewismus“ eingeweiht, begannen nach Laufenbergs Überführung in die Festung einen erbitterten Feldzug gegen die Adresse, die der erstgenannte Kommunist als „national“ bezeichnete, bekanntlich das Schlimmste, was ein Kommunist dem anderen nachsagen kann. Und während für Sturm die Adresse zu „einem Verbrechen an der Internationale“ wurde, erklärte ein anderer Kommunist im Bremer Parteiorgan, daß er lieber mit den „nicht allzu ehrlichen“ und „moralisch ansehbaren“ Leuten von der Reichszentrale zusammengehen wolle, als mit Laufenberg und Wolffheim, die anderen Zielen entgegenstrebten, als die K. P. D. Damit dürfte das Schicksal Laufenbergs und Wolffheims in der K. P. D. aller Voraussicht nach fürs erste entschieden sein, und von seiten des „Nationalbolschewismus“ der Reichszentrale keine Gefahr mehr drohen.

Der wichtigste Gegensatz zwischen der Reichszentrale und der Gesamtopposition bleibt aber bestehen. Er betrifft die Stellungnahme der K. P. D. zu den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats. Die Opposition versuchte auf der letzten Reichskonferenz, die Anerkennung und Unterstützung der Allgemeinen Arbeiter-Union als einer revolutionären wirtschaftlichen Kampforganisation der Partei, durchzusetzen, stieß hierbei jedoch auf den erbitterten Widerstand der Zentrale, die hierin wiederum die Gefahr einer syndikalistischen Ansteckung witterte. Die Opposition dagegen vertrat den Standpunkt, daß die Unterstützung der Unionsbewegung in den Rahmen der allgemeinen Stellung der K. P. D. zu den wirtschaftlichen Massenkämpfen falle. Werde diese Unterstützung unterlassen, dann bestehe die Gefahr, daß der Vortrupp des Proletariats, der diesen Weg zur wirtschaftlichen Förderung der Massenkämpfe beschreite, gerade durch das Verschulden der K. P. D. zu den Syndikalisten abgedrängt werde. Eine der dringendsten Aufgaben der K. P. D. sei, alle die Bewegungen der revolutionären Arbeiterschaft zu unterstützen, die auf Schaffung solcher in Arbeiter-Unionen zentralisierten Betriebsorganisationen hindrängen.

Gegenwärtig gehen auch wegen dieser Frage Verhandlungen zwischen der Opposition und der Reichszentrale vor sich, und der in allernächster Zeit stattfindende Parteitag soll auch hier Klärung bringen. So uneinig auch die Kommunisten, wie wir sahen, über die verschiedensten Fragen sind: in der Forderung nach der Diktatur des Proletariats und dem Rätesystem sind sie einig, wobei jedoch wiederum betont werden muß, daß über den Aufbau dieses Rätesystems verschiedene Meinungen herrschen.

Während der Kommunismus in Deutschland nicht nur seine materiellen Mittel, sondern auch die Richtlinien für seine politischen Handlungen aus Rußland erhält, ist die zweite Bewegung, die in jüngster Zeit in der deutschen Arbeiterschaft um sich greift, der Syndikalismus, französischen Ursprungs. Der Syndikalismus hat bis zu unserem Zusammenbruche bei uns nie recht Fuß fassen können, und die Zahl seiner Anhänger in Deutschland war stets sehr gering. Das ist jetzt, trotz den widersprechenden Behauptungen der sozialistischen und kommunistischen Blätter, die der syndikalistischen Bewegung begreiflicherweise keinerlei Bedeutung beimessen wollen, anders geworden. Auf dem zwölften Kongreß der Syndikalisten, der in den letzten Tagen des Dezember 1919 in Berlin tagte, waren 112 000 Mitglieder durch Delegierte vertreten. Die meisten Anhänger hat der Syndikalismus in Rheinland-Westfalen aufzuweisen, aber auch in Mitteldeutschland hat er viele Verfechter gefunden. So ist beispielsweise in dem kleinen 7000 Einwohner zählenden thüringischen Städtchen Sömmerda die gesamte Arbeiterschaft (2000 Mann) syndikalistisch organisiert. Die Syndikalisten sind — sie selbst heben dies stets hervor — keine politische Partei. „Wenn ein Syndikalist dieser oder jener Partei angehört, — so erklärte der Syndikalist Ricker auf dem letzten Kongreß — dann ist das seine Privatsache. Die wirtschaftliche Organisation der Syndikalisten hat mit keiner politischen Partei etwas zu tun.“ Es ist demgemäß durchaus folgerichtig, wenn die deutschen Syndikalisten stets betonen, daß die Erlangung der politischen Macht nichts mit dem Syndikalismus zu tun habe. Nur durch die politischen Parteien sei die Spaltung in die Internationale hineingekommen. Das Streben nach politischer Macht, dieser „Bourgeoisie-Bazillus“, müsse entschieden bekämpft werden, denn mit der Erlangung der wirtschaftlichen Macht werde auch die politische Macht von selbst dem Proletariat zufallen. Die Syndikalisten sind auch Gegner der Diktatur des Proletariats, wie sie von Marx gelehrt worden ist oder, richtiger gesagt, wie sie von den russischen Bolschewisten und den deutschen Kommunisten auf Grund ihrer Auslegung der Schriften von Marx verstanden wird. Die deutschen Syndikalisten, die sich übrigens seit dem 12. Kongreß als „Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“ bezeichnen, stehen jeder politisch-parlamentarischen Betätigung vollkommen ablehnend gegenüber und erkennen eine solche Betätigung selbst aus taktischen Gründen unter keinen Umständen an. Sie unterscheiden sich insofern sowohl vom russischen Bolschewismus, wie auch von seiner deutschen Nachahmung, der R. P. D., die aus taktischen Gründen eine Beteiligung an Parlamentswahlen befürworten. Am nächsten kommt der Auffassung der Syndikalisten ein kleiner Teil der kommunistischen Opposition. Es sind dies die Leute, die zwar erklären, daß sie keine prinzipiellen Antiparlamentarier seien, weil sie für die Vergangenheit die Notwendigkeit des Parlamentarismus nicht bestreiten, daß aber in Deutschland mit dem 9. November 1918 „die Massen den Kampf unmittelbar aufgenommen“ hätten und daher jetzt jegliche Beteiligung an den Parlamenten fortfallen müsse. Es dürfte von Interesse sein, in diesem Zusammenhang noch auf den fraglos bedeutungsvollen Umstand aufmerksam zu machen, der in Deutschland oft übersehen wird, daß die russischen Bolschewisten bis zum Jahre 1917 nie Gegner des Parlaments waren, und wiederholt in Parteikundgebungen die demokratische Republik gefordert haben, die ohne Parlament nicht denkbar ist!

Die deutschen Syndikalisten haben sich auf ihrem letzten Kongreß ebenso, wie die Kommunisten und später die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten — als Anhänger der Arbeiterräte bekannt. Aber der Aufbau dieser Arbeiterräte muß nach syndikalistischer Auffassung ganz anders erfolgen, als die Kommunisten es wollen. Auch hier tritt wiederum der Umstand zutage, daß die Syndikalisten stets die wirtschaftliche Frage in den Vordergrund drängen, daß die politische Seite für sie völlig nebensächlicher Natur ist. Nach Ansicht der Syndikalisten muß das Räteystem „im Schoße der Gewerkschaft“ errichtet werden, während die Kommunisten die Gewerkschaften als konterrevolutionär bezeichnen und an ihrer Stelle revolutionäre wirtschaftliche Kampforganisationen schaffen wollen. Nach Ansicht der K. P. D. haben die Räte durchaus eine politische Bedeutung und sollen, wie bereits die Heidelberger Leitsätze betonen, für das Proletariat dasselbe sein, was für die Bourgeoisie das Parlament ist. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Syndikalismus und Kommunismus liegt auch darin, daß die Syndikalisten Föderalisten sind, während die Kommunisten strikte Zentralisten sind. „Föderalismus in solchen Zeiten“, heißt es in den Heidelberger Leitsätzen, „ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt.“ Auch die deutschen Syndikalisten sind genau so wie die französischen revolutionären Syndikalisten Anhänger der „direkten Aktion“, das heißt der jederzeit selbständigen Tat der Massen und der Ausschaltung aller Mittelspersonen im Kampfe des Proletariats mit dem Unternehmertum. Auch der Einzelstreik ist daher bei den Syndikalisten von größter Bedeutung! Das Ziel der „direkten Aktion“ ist die Besizergreifung der Produktionsmittel, nicht durch den Staat, sondern durch einzelne Betriebsgruppen der Arbeiter.

Angeichts der schweren politischen Krisen, denen wir in den nächsten Wochen entgegengehen, gebührt den hier skizzierten Spaltungserrscheinungen innerhalb der radikalen Linken eine ungleich ernstere und gründlichere Beachtung, als das bislang in der bürgerlichen Presse geschah. Der Zersezungsprozeß, der unser ganzes Partelleben ergriffen hat, spiegelt sich hier im kleinen wieder. Auch das Widereinander politischer und wirtschaftlicher Einstellung, der Versuch der wirtschaftsorganisatorischen Kräfte, sich aus dem Prokrustesbett der politischen Parteidogmatik zu befreien, zeigt rechts und links recht bedeutame Gleichläufigkeiten. Die schwere Frage, die keine Partei für sich und auch kein Partiemechanismus lösen kann, bleibt eine organische Umgestaltung der Wirtschaft, bevor die explosiven Energien das ganze Gebäude in die Luft sprengen. Es ist die furchtbare Tragik unserer seelischen Lage, daß durch Phrase, Vorurteil, Ressentiment und Leidenschaft der Weg einer Zusammenfassung aller Volkskräfte so arg verammelt ist, die allein einen heilsamen Wiederaufbau und eine wirkliche Gesundung verbirgt.

